

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover



STADTRATSFRAKTION HANNOVER

April / 2020



Nein zur weiteren Aufblähung der Verwaltung!

AfD-Fraktion teilt Kritik des Bundes der Steuerzahler uneingeschränkt

Hannover (afd) - Hannovers neuer OB Belit Onay hat im Februar seine Pläne für den Umbau der Stadtverwaltung vorgestellt. Neben der Umstrukturierung einiger Dezernate und Fachbereiche ist auch die Einrichtung eines zusätzlichen Dezernats sowie einer neuen „Stabsstelle Mobilität“ vorgesehen, die den Weg zur autofreien Innenstadt ebnen soll. Insgesamt sind damit Mehrkosten von mindestens 800.000 Euro jährlich verbunden. Das kritisiert der Bund der Steuerzahler scharf: „Selbstverständlich hat der neue Oberbürgermeister das Recht, andere persönliche Schwerpunkte zu setzen als sein Vorgänger. Allerdings sollte er dies durch die Umstrukturierung und die Verlagerung von Personalstellen im Neuen Rathaus deutlich machen, nicht durch ein weiteres Aufblähen des ohnehin schon teuren Verwaltungsapparats“, sagt der Landesvorsitzende Bernhard Zentgraf.

Erst Anfang Februar habe man dem Finanzbericht der Landeshauptstadt Hannover entnehmen können, dass sich die Zeiten stetig steigender Einnahmen dem Ende neigten. Hochrechnungen zu Folge würden der Landeshauptstadt im Jahr 2020 allein bei der Gewerbesteuer bereits Einnahmen von bis zu 140 Millionen Euro fehlen. Da die Landeshauptstadt für ihr ambitioniertes Investitionsprogramm voraussichtlich ohnehin bereits neue Schulden aufnehmen müsse, verbiete es sich geradezu, den Stadthaushalt darüber hinaus zusätzlich mit Jahr für Jahr wiederkehrenden Verwaltungsmehrkosten zu belasten, so der Bund der Steuerzahler.

Die AfD-Stadtratsfraktion teilt diese Ansichten uneingeschränkt; das Gesagte hätte Wort für Wort so auch von ihr kommen können. In seiner Haushaltsrede vom Dezember 2018 hatte AfD-Frakti-

onschef Sören Hauptstein gesagt: „Man muss aber bei jeder Stelle genau hinschauen, ob sie tatsächlich einen Nutzen und Mehrwert für die Stadtgesellschaft bringt. Viele Mitarbeiter werden mit ideologischem Firlefanz von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten. Es ist nicht sinnvoll, wenn sich Mitarbeiter bei jedem Bauprojekt Gedanken über die ‚Berücksichtigung von Gender-Aspekten‘ machen müssen.“



Ein OB in Elternzeit? AfD: „Onay offenbart befremdliches Amtsverständnis.“

Hannover (afd) - Gerade 100 Tage im Amt, hat der neue hannoversche OB Belit Onay (Grüne) mitgeteilt, er ziehe in Erwägung, 2021 in Elternzeit zu gehen. Die AfD-Stadtratsfraktion kritisiert das. „Es ist zwar noch nicht entschieden, aber so etwas sollte man als gerade gewählter OB einer Stadt wie Hannover nicht einmal erwägen“, sagt Fraktionschef Sören Hauptstein. Der anspruchsvolle OB-Posten sei mit einem monatlichen Grundgehalt von über 10.000 Euro zu recht sehr gut dotiert, so Hauptstein. „Herr Onay sollte dann aber auch zu jeder Zeit seine volle Kraft einsetzen.“

Mitteilungsblatt



AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

STADTRATSFRAKTION HANNOVER

April / 2020

In Spitzenpositionen sei eine Elternzeit vollkommen unüblich, und das mit guten Gründen, sagt Hauptstein: „Man stelle sich vor, ein Bundeskanzler oder ein VW-Chef gingen in Elternzeit.“ Die über 11.000 Beschäftigten der hannoverschen Stadtverwaltung hätten einen Anspruch darauf, an der Rathauspitze jemanden zu wissen, der jederzeit für sie da sei. Schließlich, so Hauptstein, „könnte sich mancher Wähler verschaukelt vorkommen, wenn sich ihr Favorit mal einfach so verabschiedet. Und auch jene, die ihn nicht gewählt haben, wollen, dass er gefälligst seine Aufgabe jederzeit und mit aller Kraft wahrnimmt. Dass Herr Onay ernsthaft über eine Elternzeit nachdenkt, offenbart ein befremdliches Amtsverständnis.“



Markus Karger

Karger: AfD kann mit Corona-Hilfsprogramm der Stadt leben

Hannover (afd) - Die AfD-Fraktion will hannoversche Gewerbetreibende in der Coronakrise unterstützen. In der Ratsversammlung am Donnerstag, den 26. März sollte der Rat deshalb über einen entsprechenden Maßnahmenkatalog

der AfD beraten und abstimmen, forderte die AfD in einem Dringlichkeitsantrag. Unterdessen hat die Stadt einen eigenen „Rettungsschirm“ für die hannoversche Wirtschaft im Umfang von 10 Millionen Euro angekündigt; der Rat lehnte es mehrheitlich ab, den AfD-Antrag kurzfristig auf die Tagesordnung zu setzen. Etwas kurios: Auch das Programm der Stadt stand gar nicht auf der Tagesordnung. Um es kurzfristig dorthin zu setzen, hätte der Rat mit 2/3-Mehrheit einer Dringlichkeit zustimmen müssen, das sind 44 Stimmen. Die Stadt wollte jedoch nicht riskieren, dass diese Mehrheit nicht zustande kommt und wollte diesen Weg von vornherein nicht gehen. Denn es war absehbar, dass Corona-bedingt zahlreiche Ratsmitglieder fehlen würden. Die Zustimmung des Rates soll nun durch einen Eilbeschluss des Verwaltungsausschusses ersetzt werden. „Das Notprogramm der Stadt deckt sich in wesentlichen Punkten mit unseren Forderungen“, sagt dazu AfD-Ratschherr Karger, „wir können halbwegs damit leben. Allerdings hätten wir es für besser gehalten, wenn es eine generelle vorübergehende Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes gegeben hätte.“ Das Hilfsprogramm der Stadt sieht dagegen vor, dass lediglich eine Minderung der Gewerbesteuervorauszahlungen beantragt werden kann.



Reinhard Hirche

AfD fordert: Transparente Abstimmungsergebnisse

Hannover (afd) – Mit dem Antrag „Objektive und neutrale Pressemitteilungen“ forderte Bezirksratschherr Reinhard Hirche den Bezirksbürgermeister Rainer Göbel auf, künftig das Abstimmungsverhalten der einzelnen Mitglieder des Bezirkrates zu veröffentlichen, um mehr Transparenz für die Bürger zu schaffen. Hirche dazu: „Bisher veröffentlichte Bürgermeister Göbel in den lokalen Mitteilungsbättern ‚Ahlemer Bote‘ und ‚Westend Kurier‘ lediglich, ob ein Antrag angenommen oder abgelehnt wurde. Wie die Bezirksratsmitglieder der einzelnen Fraktionen abgestimmt haben, bleibt dem Bürger verborgen. Das wollte ich mit meinem Antrag ändern“, so der AfD-Vertreter. Dieser Antrag stieß bei den alten Parteien jedoch weit überwiegend auf Ablehnung: Außer dem Vertreter der FDP, der sich seiner Stimme enthielt, stimmten alle anderen Mitglieder gegen Hirches Vorstoß für mehr Bürgernähe.

Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH, Herrenstr. 7 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de / www.afd-fraktion-hannover.de
Telefon: 0511-168 31845